

II-11013 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

JOHANNA DOHNAL

Bundesministerin  
für Frauenangelegenheiten

Wien,  
DVR: 0000019

Zl. 353.290/17-I/6/93

31. August 1993

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 W i e n

5030/AB

1993-09-01

zu 5229/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Haider und Kollegen haben am 14. Juli 1993 unter der Nr. 5229/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend österreichische Verhandlungspositionen bei den EG-Beitrittsverhandlungen gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Mit welchen Forderungen geht (ging) Ihr Ressort in die EG-Beitrittsverhandlungen, d.h., welche ressortspezifische (ressortrelevante) Verhandlungsposition wurde erarbeitet und dem Ministerrat vorgelegt? (Bitte um Anführung der konkreten Forderungen, wie sie in Ihrem Ressort vor Akkordierung und Beschluß im Ministerrat erstellt wurden).
2. Welche Wünsche betreffend Verhandlungsposition, betreffend Sonder- und Ausnahmeregelungen, betreffend Verhandlungsziel etc. wurden wann und von wem (z.B. Interessensvertretungen, Gebietskörperschaften, Organisationen u.a.) an Ihr Ressort herangetragen oder wurden Ihrem Ressort zur Kenntnis gebracht? (Bitte um diesbezügliche konkrete Auflistung).
3. Wurden und in welcher Art und Weise wurden die diversen Anregungen und Forderungen bei der Erstellung der ressortspezifischen (ressortrelevanten) Verhandlungsposition aufgegriffen bzw. berücksichtigt? Welche konkreten Forderungen und Wünsche fanden keine Berücksichtigung? Aus welchen Gründen wurde davon Abstand genommen?

- 2 -

4. Wie bewerten Sie die Realisierungschance der österreichischen Positionen, insbesondere die Durchsetzung Ihrer ressortrelevanten Verhandlungspositionen und -ziele bei den Verhandlungen mit der EG, und wo liegen für Sie die "Knackpunkte"?
5. Wie ist der derzeitige Stand der österreichischen EG-Beitrittsverhandlungen hinsichtlich der Ihr Ressort betreffenden Materien?  
Welche Verhandlungspunkte konnten bislang mit welchem Ergebnis erledigt werden?  
In welchen Bereichen und in welchen konkreten Punkten gibt es noch offene oder strittige Fragen zwischen Österreich und der EG?"

Die Anfrage beantworte ich wie folgt:

Einleitend möchte ich darauf hinweisen, daß den Parlamentsklubs die in der Anfrage erwähnten Positionspapiere zur Kenntnis gebracht wurden und daß ich immer wieder zu grundsätzlichen Fragen die EG betreffend Stellung genommen habe, zuletzt in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4783/J.

Zu den Fragen 1 bis 3:

Innerhalb meines Wirkungsbereiches hatte ich keine Federführung für die Erstellung einer Verhandlungsposition. Stellungnahmen wurden allerdings überall dort eingebracht, wo frauenspezifische Belange betroffen sind, insbesondere im Bereich der Sozialpolitik und der Gleichstellung von Frauen.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben wurden Arbeitsgruppen eingesetzt sowie bei Bedarf interministerielle Besprechungen abgehalten. In diesen Arbeitsgruppen waren nicht nur die betroffenen Ressorts, sondern auch die Gebietskörperschaften und Interessenvertretungen repräsentiert. Es haben somit alle diese Stellen am Zustandekommen der Verhandlungsposition mitgewirkt. Dieser Koordinationsprozeß gewährleistete eine optimale Auseinandersetzung mit den von den Beteiligten eingebrachten Interessenstandpunkten. Dies kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß alle Verhandlungspositionen letztlich im Konsens formuliert werden konnten.

- 3 -

Zu den Fragen 4 und 5:

Was den Stand der EG-Beitrittsverhandlungen in seiner Gesamtheit betrifft, verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5227/J durch den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten.

Ergänzend möchte ich noch folgendes bemerken:

Im Bereich des Nachtarbeitsverbots für Frauen, für dessen Aufrechterhaltung ich eingetreten bin, konnte in Verhandlungen mit der EG-Seite eine Übergangsfrist bis zum Jahr 2001 erreicht werden.

Die Bundesregierung verhandelt auf der Grundlage des von ihr am 26. Jänner 1993 formulierten Verhandlungsmandats mit dem Ziel der Realisierung eines für Österreich bestmöglichen Verhandlungsergebnisses. Mutmaßungen über den Ausgang zum Teil noch nicht einmal begonnener Verhandlungen möchte ich seriöser Weise nicht anstellen.

